

Berlin, 8. März 2013
zyk-ar



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesvorstand

ver.di fordert sechs Prozent mehr Geld, mindestens aber 140 Euro für Tarifbeschäftigte der Deutschen Post AG

In den bevorstehenden Tarifverhandlungen bei der Deutschen Post AG fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die rund 132.000 Tarifbeschäftigten eine lineare Erhöhung der Einkommen um sechs Prozent, mindestens aber 140 Euro mehr im Monat. Das hat die zuständige Tarifkommission am heutigen Freitag beschlossen. „Die Beschäftigten erwarten spürbar mehr Geld in der Tasche“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin **Andrea Kocsis**.

Für die Auszubildenden und Studierenden an Berufsakademien fordert die Gewerkschaft eine Erhöhung der monatlichen Vergütung um 65 Euro. Die Laufzeit des Tarifabschlusses soll zwölf Monate betragen. Für die rund 43.000 Beamtinnen und Beamten möchte ver.di im Zuge der Tarifverhandlungen die sogenannte Postzulage neu fassen. Die Postzulage ist eine unternehmensspezifische Regelung zur Sonderzahlung für Bundesbeamte.

Der laufende Tarifvertrag ist zum 1. April 2013 gekündigt. Die Verhandlungen zwischen ver.di und der Deutschen Post AG werden am 22. März aufgenommen.

PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Jan Jurczyk
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de